

Tanzanische Stabilität: Die alte Staatspartei gewinnt erneut

Rolf Hofmeier

Am 21. Dezember 2005 wurde Jakaya Mrisho Kikwete als erst vierter Staatspräsident der Vereinigten Republik Tanzania vereidigt.

Analyse:

Die seit 1961 regierende CCM (Chama cha Mapinduzi – Partei der Revolution) hat bei den seit 1995 dritten Mehrparteienwahlen ihre absolute Mehrheit mit einem überwältigenden Wahlsieg weiter ausbauen können.

- Trotz anhaltend großer sozialer und ökonomischer Probleme hat damit die Bevölkerung den schon über vier Jahrzehnte herrschenden politischen Kräften erneut ein deutliches Vertrauen ausgesprochen.
- Der Grund für die Dominanz der CCM liegt zum einen in der anhaltenden Schwäche der Opposition und zum anderen in der vergleichsweise guten gesellschaftlichen Verankerung der alten Staatspartei, wie es kaum einer anderen Partei auf dem Kontinent gelungen ist.
- Das Wahlergebnis unterstreicht den Ruf Tanzanias als außergewöhnlicher Hort der sozialen und politischen Stabilität in einem von Unsicherheit und plötzlichen Umbrüchen geprägten afrikanischen Umfeld.

Key Words: Tanzania, Stabilität, Wahlen, Wählerverhalten, Parteien, Opposition

1. Der Vorlauf zu den Wahlen

Für die Wahlen hatten sich 18 Parteien registrieren lassen; die meisten haben allerdings kaum politisches Gewicht. Die Aufstellung der offiziellen Parteikandidaten für das Präsidentenamt und die Abgeordnetenmandate führte vor allem in der regierenden CCM zu internen Positionskämpfen zwischen verschiedenen Personen und Lagern um die beste Ausgangsposition. Eingesetzt wurden dabei sowohl Gerüchtekampagnen als auch erhebliche Geldmittel zur Beeinflussung der Mitglieder in den Entscheidungsgremien der Partei.

In einem dreistufigen Auswahlverfahren (2.-4. Mai) führten verschiedene Parteigremien die endgültige Entscheidung herbei. Ein Sonderparteikongress (mit 1.800 Delegierten) erkor aus einem vom Zentralkomitee bereits reduzierten Kandidatenkreis schließlich Kikwete schon im ersten Wahlgang mit 64% der Delegiertenstimmen zum offiziellen CCM-Kandidaten, gegenüber 29% für den international renommierten Salim Ahmed Salim (Expremier und Exgeneralsekretär der einstigen Organisation of African Unity – OAU) und 7% für Verkehrsminister Mark Mwandosya. Der amtierende Vizepräsident Ali Shein (aus Zanzibar) wurde ohne Debatte als Kandidat für die Fortführung seines Amtes bestimmt.

Mit Kikwete hatte der schon lange als klarer Favorit geltende Bewerber gewonnen, der als "jugendlicher" Vertreter einer neuen Politikergeneration galt, gleichzeitig aber seit Jahrzehnten extrem gut in den CCM-Parteistrukturen verankert war.

Bei den Oppositionsparteien verliefen die Nominierungsprozesse wesentlich weniger im Rahmen formalisierter innerparteilicher Auswahlverfahren. Alle seit 2003 nach dem Vorbild der erfolgreichen Regenbogenkoalition im benachbarten Kenia unternommenen Bemühungen um die Aufstellung eines gemeinsamen Oppositionskandidaten gegen die übermächtige CCM waren letztlich an persönlichen Eigeninteressen der wichtigsten Parteiführer gescheitert. Wie schon bei den Wahlen 1995 und 2000 wollten Ibrahim Lipumba für die CUF (*Civic United Front*) und Augustine Mrema für die TLP (*Tanzania Labour Party*) unbedingt einen neuen Anlauf unternehmen. Nur John Cheyo von der UDP (*United Democratic Party*) erkannte die Aussichtslosigkeit und zog seine Kandidatur im letzten Augenblick zurück. Von den bisher schon im Parlament vertretenen Parteien entschieden sich hingegen erstmals auch

Chadema (*Chama cha Demokrasia na Maendeleo* – Partei für Demokratie und Entwicklung) und NCCR-Mageuzi (*National Convention for Construction and Reform – Change*) für die Aufstellung eigener Präsidentschaftskandidaten, außerdem fünf weitere kleine Parteien, darunter die PPT-Maendeleo (*Progressive Party Tanzania – Development*) mit erstmaliger Nominierung einer Frau.

Bis zum Stichtag der Wahlkommission für die offiziellen Nominierungen (20.8.) hatten zehn Bewerber die formalen Kriterien erfüllt, nämlich die Vorlage der Unterschriften von mindestens 2.000 Unterstützern landesweit, jeweils 200 aus mindestens zehn Regionen (davon je eine zanzibarische aus Pemba und Unguja).

Auch die Kandidatenaufstellung für die Parlamentsdirektmandate in den insgesamt 232 Wahlkreisen (182 auf dem Festland, 50 auf Zanzibar) war vor allem in der CCM heftig umkämpft, da die Nominierung in den allermeisten Fällen bereits den Zugang zur lukrativen Abgeordnetenposition eröffnete. Durch parteiinterne Vorwahlen auf Wahlkreisebene wurden nach teilweise erbittert geführten Konkurrenzkämpfen (auch unter Einsatz erheblicher Geldmittel) die Entscheidungen herbeigeführt, wobei auch prominente Politiker oft Mühe hatten, sich gegen Ambitionen neuer Kräfte zu behaupten. Entscheidend bei diesen Ausscheidungen war das jeweilige lokale Ansehen der einzelnen Bewerber, während vor Ort wenig bekannte Personen praktisch keine Chance hatten.

Bei allen anderen Parteien war der Nominierungsprozess wesentlich weniger strukturiert, da die meisten flächendeckend überhaupt keine eigenen Kandidaten aufstellen konnten und es nur in einigen bekannten Hochburgen zu lokalen Kampfabstimmungen mehrerer Bewerber kam. Alle 18 registrierten Parteien stellten wenigstens einige Wahlkreisbewerber auf, aber nur die CCM besetzte alle 232 Wahlkreise, während selbst die wichtigsten Oppositionsparteien dazu nicht in der Lage waren.

Insgesamt verlief der Wahlkampf weitgehend ordnungsgemäß und friedlich. Alle größeren Parteien hatten ausformulierte Wahlprogramme vorgelegt, auf die auch bei den Wahlkampfveranstaltungen – neben vorwiegend populären Unterhaltungselementen – in allgemeiner Form verwiesen wurde. Die CCM stellte stark ihre eindrucksvolle historische Rolle für Frieden und Stabilität heraus, verwies auf die gute wirtschaftliche Entwicklung

der letzten Jahre und versprach noch größere Anstrengungen zur Überwindung der Armut, Verbesserung der Sozialsektoren und Eindämmung der Kriminalität.

Alle Oppositionsparteien taten sich schwer mit überzeugenden Gegenentwürfen zur bisherigen CCM-Politik. In unterschiedlichen Varianten beklagten sie vor allem das immer weitere Auseinanderklaffen von Reich und Arm im Lande, die völlig ungenügenden staatlichen Dienstleistungen, das Ausmaß von Korruption und öffentlichen Skandalen sowie die intransparente Privatisierungspolitik mit einer vermeintlichen Bevorzugung nicht-heimischer Interessenten. Viele Versprechungen der Opposition hatten eher illusionären Charakter und wurden offensichtlich auch von großen Teilen der Bevölkerung so empfunden.

2. Verlauf und Ergebnisse der Unionswahlen

Nur drei Tage vor dem festgelegten Wahltermin (30.10.) sah sich die Wahlkommission gezwungen, die Wahl nach dem plötzlichen Tod des Vizepräsidentenkandidaten der Chadema zunächst auf den 18.12. (später vorgezogen auf 14.12.) zu verschieben, um Fristvorgaben für eine Neuaufstellung einzuhalten. Die separaten Zanzibar-Wahlen wurden jedoch zum vorgesehenen Termin abgehalten und erhielten dadurch größere Aufmerksamkeit. Vor allem für die Oppositionsparteien bedeutete die Verschiebung eine zusätzliche Erschwernis, da sie ihre Finanzressourcen vollständig erschöpft hatten und kaum in der Lage waren, ihre Mitglieder und Anhänger für eine weitere Wahlkampfphase zu mobilisieren.

Die Durchführung der Wahlen an einem zum Feiertag erklärten Wochentag gestaltete sich weitgehend problemlos. Alle offiziellen Wahlbeobachter (lokale NROs wie afrikanische und außerafrikanische Organisationen; die EU hatte auf eine Wahlbeobachtung verzichtet) bescheinigten einen durchweg korrekten Ablauf der Wahlen. Die Wahlbeteiligung war mit 72,4% der offiziell registrierten 16,4 Millionen Wähler deutlich niedriger als noch im Jahr 2000 mit 84,4%, schon dies ein Indiz für offensichtlich gesunkene Erwartungen und niedrigere Mobilisierung potenzieller Oppositionsanhänger.

Beim Kampf um das Präsidentenamt konnte CCM-Kandidat Kikwete mit über 80% der gültigen Stimmen einen in dieser Höhe überraschenden

Erdrutschsieg erringen, womit er die Resultate seines Vorgängers Mkapa von 61,8% (1995) bzw. 71,7% (2000) noch deutlich übertraf. CUF-Kandidat Lipumba blieb bei seinem nunmehr dritten Anlauf merklich hinter den fünf Jahre zuvor erzielten 16,3% zurück (siehe Tabelle 1). Dritter wurde der Chadema-Vorsitzende Mbowe nach einem gut organisierten Wahlkampf mit fast 6%.

Tabelle 1: Überblick: Wahlergebnisse

Präsidentenwahlen, in%	
Kikwete, CCM	80,3
Lipumba, CUF	11,7
Mbowe, Chadema	5,9
Parlamentenwahlen, gewählte Abgeordnete	
CCM	206
CUF	*19
Chadema	5
TLP	1
UDP	1

* Alle auf Zanzibar.

Ebenso ungleich fiel auch die Verteilung der in den insgesamt 232 Wahlkreisen direkt vergebenen Abgeordnetenmandate für das Unionsparlament aus. Die CCM errang 206 Sitze (89%), nochmals ein kleiner Zuwachs gegenüber 202 (von damals 231) Sitzen im Jahr 2000.

Im Festlandteil der Union ging die Gesamtzahl der Sitze der Oppositionsparteien gegenüber 22 (1995) bzw. 14 (2000) nochmals dramatisch auf lediglich noch sieben für Chadema, TLP und UDP zurück. Nur in Zanzibar konnte die CUF eine merkliche Zahl von Direktmandaten (Pemba 18, Unguja 1) erringen. Auf dem Festland hatte hingegen die CUF ihre bisherigen zwei Wahlkreise verloren, während Chadema mit fünf (gegen bisher vier) relativ noch am besten abschnitt; TLP und UDP konnten nur noch je ein Direktmandat erringen (gegenüber vier bzw. drei im Jahr 2000) und NCCR ging völlig leer aus (zuvor ein Sitz).

Damit sind die Oppositionsparteien, die in den 1990er Jahren die Bannerträger für ein Mehrparteiensystem gewesen waren, nahezu in die Bedeutungslosigkeit gedrängt. Die wenigen Erfolge einzelner Oppositionskandidaten sind jeweils spezifischen Faktoren auf Wahlkreisebene geschuldet. Die von der Opposition gewonnenen Wahlkreise waren unsystematisch im ganzen Land verstreut und konnten auf kein ethnisch oder regional be-

gründetes Verteilungsmuster zurückgeführt werden.

Bei genauerer Betrachtung einzelner Wahlkreisergebnisse zeigte sich auch, dass zumindest nicht immer die Höhe des Finanzeinsatzes und der CCM-Ressourcen entscheidend war, sondern auch die lokale Einbindung und Glaubwürdigkeit der Bewerber. Im Vergleich zur Situation in anderen afrikanischen Ländern war es ferner überraschend, dass die Opposition selbst in Daressalam und anderen größeren Städten nicht von einer normalerweise besonders kritischen Stimmung der städtischen Bevölkerung profitieren konnte. Insgesamt schafften rund 60 neue Abgeordnete (davon über 40 bei der CCM) den Einzug ins Parlament, womit sich die personelle Erneuerung in Grenzen hielt und der Platzvorteil etablierter Abgeordneter sichtbar wurde.

Erfreulich für die weiteren Perspektiven der Opposition war die Beobachtung, dass die Grundmuster des Wahlverhaltens nicht so absolut festgefügt waren, wie es auf den ersten Blick scheinen mochte. Die Oppositionsparteien hatten zwar bisherige Wahlkrisen verloren, aber auch neue gewinnen können. Bei allen drei bisherigen Mehrparteiwahlen (1995, 2000, 2005) zusammengenommen hatte es in knapp der Hälfte der Wahlkreise unterschiedliche Parteisieger gegeben, was als Zeichen für Flexibilität der Wähler und zumindest potenzielle Chancen für überzeugende Oppositionsbewerber gewertet werden kann.

3. Die Ernennung von Abgeordneten

Neben den direkt gewählten Abgeordneten wurde das Parlament entsprechend der Verfassung durch Zuwahl und Ernennung weiterer Gruppenvertreter ergänzt. Um eine angemessene Repräsentanz von Frauen zu gewährleisten (nur sehr wenige waren aufgestellt und direkt gewählt worden), wurden nach einer 30%-Quotenvorgabe (angehoben gegenüber bisher 20%) insgesamt 75 Sitze über besondere durch innerparteiliche Wahlverfahren aufgestellte Frauenlisten der Parteien entsprechend der relativen Stärke der Direktmandate vergeben: CCM 58, CUF 11, Chadema 6. Weiterhin wurden fünf Zanzibar-Vertreter vom dortigen Repräsentantenhaus in Relation zur Parteienstärke ins Unionsparlament gewählt (CCM 3, CUF 2). Ferner hat der Präsident das Recht, bis zu zehn Personen zu Abgeordneten zu ernennen, was Kik-

wete zunächst durch Ernennung sechs verdienter CCM-Politiker nur teilweise ausschöpfte. Schließlich gehört auch der neu ernannte Generalstaatsanwalt Johnson Mwanyika ex officio dem Parlament an, das damit eine vorläufige Gesamtstärke von 319 erreicht (bei noch vier offenen Sitzen).

Alle vier im Parlament vertretenen Oppositionsparteien befinden sich mit zusammen nur 45 Abgeordneten (14% der Parlamentarier) in einer ausgesprochen schwachen Position, die ihnen nur wenige Chancen bietet, die Regierung parlamentarisch zu kontrollieren. Zusätzlich zeichnete sich schnell ab, dass die CUF wenig Bereitschaft zu einem gemeinsamen Vorgehen im Parlament zeigte und entsprechend ihrer zanzibarischen Partikularinteressen einen Alleingang bevorzugte. Da die 32 CUF-Abgeordneten den Schwellenwert von 30 für die Anerkennung als vollwertige Fraktion gerade erreichten, nominierten sie ein Schattenkabinett und beanspruchten das offizielle Amt des Führers der Opposition. Chadema und UDP vereinbarten – bei vorläufiger Abseitsstellung des einzigen TLP-Abgeordneten – eine enge Zusammenarbeit und beklagten das Verhalten der CUF insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt, dass die Oppositionsrolle nun bizarrerweise überwiegend in den Händen von Vertretern der Insel Pemba lag, während es im Unionsparlament um Angelegenheiten des Gesamtstaates gehen soll. Die sich abzeichnende Konstellation verhielt somit nur sehr gedämpfte Erfolgsaussichten für eine effektive Oppositionsarbeit.

Bei der Konstituierung des neuen Parlaments am 28.12. wurde Samuel Sitta, ehemaliger Minister und zuletzt Generaldirektor des Tanzania Investment Centre, ohne Gegenkandidaten zum Parlamentspräsidenten gewählt. Mit Anna Makinda (CCM) wurde erstmals eine Frau zum Deputy Speaker gewählt.

4. Bildung der neuen Unionsregierung

Am 21.12.2005 wurde Kikwete im Beisein 13 afrikanischer Staatspräsidenten offiziell als vierter Präsident des Landes vereidigt. Gleichzeitig wurde der bisherige Vizepräsident Shein für eine weitere Amtszeit bestätigt.

Mit großer Spannung war allgemein die Entscheidung Kikwetes für einen neuen Premierminister erwartet worden, nachdem es unvermeidlich Spekulationen über verschiedene mögliche Per-

sonen (durchaus ernsthaft auch mehrere Politikerinnen) gegeben hatte. Nach Nominierung durch den Präsidenten wurde am 29.12.2005 Edward Lowassa mit überwältigender Mehrheit (nur zwei Gegenstimmen) vom Parlament zum erst neunten Premier des Landes seit 1961 gewählt – auch dies ein Zeichen für die beachtliche politische Stabilität und Kontinuität. Lowassa, Abgeordneter für Monduli in der Region Arusha, verfügt seit langem über eine enge, auch altersmäßige Verbindung zu Kikwete. Er hatte sich als Minister unter Ali Hassan Mwinyi 1995 auch schon selbst um das Präsidentenamt beworben, war dann zunächst etwas in den Hintergrund getreten und seit 2000 im Kabinett von Benjamin Mkapa Minister für Wasser und Viehwirtschaft gewesen. Es wurde allgemein davon ausgegangen, dass er ein gutes Team mit dem neuen Präsidenten bilden könne.

Am 4.1.2006 wurde das neue Kabinett vorgestellt. Entgegen manchen Erwartungen gab es keine Verschlankung der Regierung, sondern im Gegenteil eine Ausweitung der Zahl der Ministerien von 19 auf 22 sowie eine Aufblähung der Regierungsmitglieder auf 29 Kabinettsminister (einschließlich Staatsministern) und 31 stellvertretende Minister.

Besondere Beachtung fand die Einhaltung von Kikwetes versprochener hoher Frauenquote durch Ernennung von sechs Ministerinnen – darunter so bedeutende Ressorts wie Finanzen, Außenpolitik, Justiz, Erziehung – und zehn Stellvertreterinnen. Das Kabinett stellt eine sorgfältige Balance nach regionalen Gesichtspunkten und eine Mischung alter und neuer Gesichter dar. Auch deshalb ist es so groß geraten.

Über Veränderungen im Zuschnitt verschiedener Ministerien hinaus wurden vier völlig neue Ministerien geschaffen: Ostafrikanische Zusammenarbeit, Planung und Wirtschaftsentwicklung, Infrastruktur, Öffentliche Sicherheit – neue Schwerpunktsetzungen der Regierung.

Von den 26 Ministern aus Mkapas letztem Kabinett fanden 14 keine Berücksichtigung mehr, darunter auch solche, die ihre Abgeordnetenmandate verteidigen konnten. Die weitgehende Ausortierung der meisten prominenten Politikveteranen aus früheren Tagen – auch unter vorsichtigen Hinweisen auf verstärkte Anstrengungen im Kampf gegen Korruption – stellt insofern einen mutigen Schritt des Präsidenten und eine erste Einlösung seines Wahlslogans dar. Mit allseitiger, überwiegend positiver Überraschung aufgenom-

men wurde die Ernennung von Zakia Meghji zur Finanzministerin und von Asha-Rose Migiro, einer in Deutschland promovierten Juradozentin, zur Außenministerin, nachdem beide Frauen bisher andere Kabinettsposten innegehabt hatten.

5. Der Sonderfall Zanzibar

Die politischen Verhältnisse in dem halbautonomen und nahezu völlig muslimischen Landes- teil Zanzibar (etwa eine Million Einwohner) unterscheiden sich seit jeher sehr stark von denen auf dem Festland und auf Unionsebene. Dies galt auch für Vorfeld und Ablauf der Wahlen von 2005, die schon am 30. Oktober stattfanden. Dabei wurde auch das zanzibarische Repräsentantenhaus neu gewählt, worauf hier nicht näher eingegangen werden kann. Trotz formal einheitlicher nationaler Parteistrukturen stellen die zanzibarischen Formationen von CCM und CUF weitgehend eigenständige und ziemlich intransparente Gebilde dar, auf deren Abläufe die politischen Führer des Festlandes relativ wenig Einfluss haben und über deren Innenleben auch über die Medien allgemein wenig bekannt wird. Andere politische Parteien spielen bisher faktisch überhaupt keine Rolle.

Die Wahlen für das zanzibarische Repräsentantenhaus und die Inselpräsidentschaft waren bereits 1995 und 2000 höchst umstritten gewesen und hatten eine scharfe Konfrontation zwischen CCM und CUF sowie zwischen der Hauptinsel Unguja und dem CUF-Bollwerk auf der kleineren Insel Pemba verdeutlicht. Durch offensichtliche Wahlmanipulationen und Einsatz staatlicher Gewalt fühlte die CUF sich beide Male um den Wahlsieg betrogen, konnte aber letztlich nichts an den faktischen Machtverhältnissen mit vollständiger Kontrolle durch die CCM ändern. Eine mehrjährige Vermittlungsinitiative durch das Commonwealth-Sekretariat hatte keinen Ausweg aus der gespannten Situation weisen können. Erst nach dem Schock einer für Tanzania untypischen blutigen Niederschlagung von CUF-Protesten gegen die Wahlmanipulationen (Januar 2001, ca. 30 Tote) einigten sich CCM und CUF im Oktober 2001 auf ein formelles Versöhnungsabkommen (Muafaka) über die generelle Entspannung des politischen Konfliktes, dessen Umsetzung gerade im Hinblick auf die institutionellen Veränderungen für den neuen Wahlgang 2005 aber von Seiten der Staatsorgane nur sehr zögerlich verlief.

Zwar wurde die Zusammensetzung der *Zanzibar Electoral Commission* (ZEC) durch CUF-Vertreter verbreitert und ein ständiges Wählerregister wurde eingeführt, aber der Registrierungsprozess erregte schon 2004 das Misstrauen der CUF wegen vermuteter Einseitigkeiten, was sich immer wieder in hitzigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern beider Lager und in massiven Eingriffen der Sicherheitsorgane niederschlug. Besonders suspekt aus CUF-Sicht war die deutlich erhöhte Stationierung von Armee- und Polizeieinheiten vom Festland auf den Inseln im Vorfeld der Wahlen. Zur Berücksichtigung von Bevölkerungsverchiebungen waren von der ZEC die Wahlkreise für das Repräsentantenhaus gegenüber 2000 in Pemba von 21 auf 18 reduziert und entsprechend in Unguja von 29 auf 32 erhöht worden.

Vor diesem Hintergrund der seit Jahren vergifteten politischen Atmosphäre verlief dann am 30. Oktober die Wahl selbst ohne besonders auffällige Zwischenfälle, erhielt aber natürlich eine stark erhöhte Aufmerksamkeit wegen der kurzfristigen Absage der ursprünglich gleichzeitig vorgesehenen Unionswahlen. Die außerordentlich hohe Wahlbeteiligung von 90,8% der 507.000 registrierten Wähler war ein deutliches Zeichen für die hohe politische Mobilisierung auf den Inseln. Ausländische und nationale Wahlbeobachter (einschließlich des als seriös einzustufenden *Tanzania Election Monitoring Committee* – Temco) bescheinigten jedoch – trotz offensichtlicher Belege für verschiedene Unregelmäßigkeiten – eine insgesamt wesentlich verbesserte Wahldurchführung und ein alles in allem nicht ernsthaft anzuzweifelndes Ergebnis. Nach Bekanntgabe der offiziellen Zahlen kam es zu wütenden Protesten der CUF-Anhänger, die mit massiver Gewalt der Sicherheitsorgane niedergeknüppelt wurden. Doch schon nach wenigen Tagen beruhigte sich die Lage wenigstens äußerlich und es kam seither zu keinen weiteren Ausschreitungen.

Die Zanzibar-Wahlen zum Unionsparlament zeigten exakt die gleiche Mandatsverteilung wie bei den Oktober-Wahlen: 19 Sitze für die CUF und 31 für die CCM.

6. Bewertung und Ausblick

Insgesamt bestätigten Ablauf und Ergebnis der Wahlen sowie die Bildung der von „JK“ geführten „Regierung der vierten Phase“ (*fourth phase go-*

vernment) – wie sie allgemein in der lokalen Presse bezeichnet wird – eindrucksvoll das Bild einer für Afrika ungewöhnlichen politischen Stabilität und Kontinuität. Ausgeprägte Anzeichen von Regionalismus, Tribalismus oder religiösem Antagonismus beim Wahlverhalten spielten keine erkennbare Rolle. Lediglich der ganz spezifische Sonderfall Zanzibar behielt unverändert seine eigene Problematik.

Auf Unionsebene ist die Dominanz der CCM als Regierungspartei weiterhin völlig unangefochten und gegenüber der Zeit der Demokratisierung und der damit verbundenen Erwartungen in den 1990er Jahren aufgrund ordentlicher Wahlen sogar wieder verstärkt – ein in Afrika nahezu einmaliger Vorgang. In der politischen Realität ist damit auch ohne erkennbare Repression oppositioneller Kräfte fast wieder der frühere Zustand eines Einparteiensystems hergestellt worden, wie es bis 1992 der Fall gewesen war – abgesehen von Zanzibar. Nur vereinzelte kritische Beobachter haben diese Entwicklung bisher unter übergeordneten demokratietheoretischen Gesichtspunkten mit Besorgnis hinsichtlich der völligen Ungleichgewichtigkeit der politischen Akteure kommentiert und mit einem – etwas resignierten – Plädoyer für eine effektivere Opposition verbunden. Unbestritten muss aber als Ergebnis der Wahlen konstatiert werden, dass die ganz überwiegende Mehrheit der Bevölkerung – trotz verständlicher und massiver Unzufriedenheit über die ständigen sozialen und ökonomischen Probleme – immer noch ein Grundvertrauen in die gegebenen Strukturen des Staates und der CCM besitzt und dass es weiterhin keine verbreitete Unruhe und generelle Wechselstimmung gibt.

Ein wesentlicher Grund dafür ist offensichtlich die eklatante Schwäche der politischen Opposition, die bisher keine wirklich überzeugenden Alternativen hat anbieten können und in kleinlichen Auseinandersetzungen ohne inhaltliche Konzepte stecken geblieben ist. Der ursprüngliche Elan der neuen politischen Parteien der 1990er Jahre ist weitgehend verloren gegangen. Die damaligen Hoffnungsträger NCCR, TLP und UDP sind letztlich ohne Wirkung geblieben und heute auf ein sehr begrenztes Schattendasein reduziert. Nur Chadema hat am ehesten eigene wirtschaftspolitische Konzepte entwickelt, einen landesweit diversifizierten Wahlkampf geführt und es immerhin geschafft, in ganz unterschiedlichen Landesteilen einige Wahlkreiserfolge zu erzielen.

Die programmatische Orientierung der CUF ist viel zu eng mit ihrer zanzibarischen Entstehung und Basis verbunden, um auf nationaler Ebene wirklich eine effektive Opposition darstellen zu können. Dies wird auch ihr Auftreten im neuen Parlament als offizielle Opposition mit einem Schattenkabinett nur sehr begrenzt wirksam werden lassen. Trotz wiederholt diskutierter Überlegungen haben die führenden Oppositionspolitiker auch nie ernsthaft versucht, eine gemeinsame Oppositionsstrategie gegenüber der übermächtigen CCM (etwa mit Absprachen über Präsidentschafts- und Wahlkreisandidaturen) zu realisieren.

Bei alledem dürfen nicht die enormen Vorteile der CCM gegenüber allen neuen politischen Konkurrenten übersehen werden, über die sie in Bezug auf finanzielle und andere Ressourcen sowie die faktische Symbiose mit den staatlichen Strukturen verfügen kann. Ferner versteht es das eingespielte CCM-System, auf allen Ebenen der Politik ausgesprochen machtbewusst und geschickt alle potenziellen Rivalen in mehr oder weniger subtiler Form – ohne sichtbare Repression, aber soweit nötig doch unter Einsatz massiven Drucks – zu behindern und auszumanövrieren und die eigenen Parteiinteressen durchzusetzen. Auf diese Weise ist die CCM für alle ambitionierten Personen letztlich doch sehr viel attraktiver als ein mühsames Engagement in schwächlichen Oppositionsparteien.

Schon im Vorfeld der jüngsten Wahlen und im Rahmen der Regierungsbildung hat es die CCM verstanden, eine gelungene Mischung aus altbekannten und neuen Elementen in politischen Führungspositionen zu präsentieren und eine deutliche Verjüngung anzuzeigen, während dies bei der Opposition bisher sehr viel weniger gelungen ist. Eine hin und wieder als möglich angesehene Spaltung der Partei hat es nicht gegeben und ist gegenwärtig auch nicht zu erkennen. Die CCM stellt vielmehr heute ein ausgesprochen breites pragmatisches Machtbündnis dar, das über ein klientelistisches Netzwerkssystem die Kontrolle über alle öffentlichen Ämter sowie in subtiler verdeckter Form auch über weite Bereiche der heute überwiegend marktwirtschaftlich verfassten Ökonomie ausübt.

Aufgrund der Wahlkampfaußagen ebenso wie der ersten Grundsatzreden des neuen Präsidenten scheint sich als Orientierung der Regierung Kikwete die weitgehende Beibehaltung des bishe-

rigen Reformkurses von Mkapa mit nur einigen bemerkenswerten Nuancen abzuzeichnen. Offensichtlich soll neben der orthodoxen makroökonomischen Wachstumsförderung nun doch wieder stärker auf soziale Verteilungseffekte geachtet, eine kritische Überprüfung der Privatisierungspolitik und einiger Verträge mit ausländischen Investoren vorgenommen sowie eine wirksamere Bekämpfung von Korruption und in letzter Zeit stark zunehmender bewaffneter Kriminalität in Angriff genommen werden. Besondere Beachtung soll wohl die lange überfällige Förderung der stark vernachlässigten Landwirtschaftssektoren erfahren.

Die von mancher Seite geäußerte Befürchtung hinsichtlich eines Rückfalls in sozialistische Denkmuster kann sicherlich als unbegründet angesehen werden. Doch wird Kikwete vermutlich stärker als sein Vorgänger auf die Befriedigung der Interessen der Partei und ihrer Führungspersonen Rücksicht nehmen. Nicht auszuschließen erscheint eine wesentlich deutlichere Unterstützung für eine Stärkung des nationalen Unternehmertums gegenüber ausländischen Investoren unter dem Stichwort „Indigenisierung“ der Wirtschaft.

Der größte Sorgenpunkt bleibt die gespannte Lage in Zanzibar“. Dies betrifft gleichermaßen die Konfrontation zwischen CCM und CUF, das noch schärfer gewordene Schisma zwischen Pemba und Unguja sowie eine dauerhaft tragfähige Regelung für die seit langem öffentlich als Tabu behandelte Frage neuer praktikabler verfassungsmäßiger Strukturen der Union. Kikwete machte in seiner Antrittsrede als Präsident deutlich, dass er sich der Problematik voll bewusst sei und sich bevorzugt darum kümmern wolle. Es kann als gewisse Hoffnung bewertet werden, dass er dafür auch von der Opposition verhaltenes Lob und eine Zusage der Unterstützung erhielt.

Literaturhinweise

- Bakari, Mohammed Ali: The Democratisation Process in Zanzibar, Hamburg: Institut für Afrika-Kunde, 2001.
- Hirschler, Kurt: Konflikt im Land des Konsenses: in Tansania führt wirtschaftlicher und politischer Wandel zu Unfrieden, in: Der Überblick, 40 (2004) 1, S. 111-114.
- Hirschler, Kurt: Zanzibar: Krise und kein Ende, in: Afrika Spectrum, 36 (2001) 3, S. 319-346.

■ Der Autor

Prof. Dr. Rolf Hofmeier ist freier Mitarbeiter am Institut für Afrika-Kunde im GIGA und war ehemals dessen langjähriger Direktor.

E-Mail: hofmeier@giga-hamburg.de (längere Version des Beitrags auf Anfrage hier erhältlich)

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Das IAK hat sein DFG-Forschungsprojekt zu „Parteien und Parteiensystemen im anglophonen Afrika“ jüngst abgeschlossen und wird hierzu weiter publizieren; eine Fallstudie betrifft Tanzania. Fortgesetzt wird das Bemühen um die international vernachlässigte Parteienforschung in Afrika durch das gegenwärtige Nachfolgeprojekt „Parteien und Parteiensysteme im frankophonen Afrika“ (ebenfalls DFG-finanziert).

■ DÜI/GIGA-Publikationen zum Thema

Erdmann, Gero: Tanzania, in: Szajkowski, Bogdan (Hg.), *Political Parties of the World*, London: John Harper 2005, S. 587-589.

Erdmann, Gero: Formale und informelle gesellschaftliche Verankerung von Parteien in Tanzania, in: Betz, Joachim / Erdmann, Gero / Köllner, Patrick (Hg.), *Parteien und ihre gesellschaftliche Verankerung in Entwicklungsländern*, Wiesbaden: VS Verlag 2004, S. 89-118.

Hirschler, Kurt / Hofmeier, Rolf: Tanzania, in: Mehler, Andreas / Melber, Henning / van Walraven, Klaas (Hg.), *Africa Yearbook 2004. Politics, Economy and Society South of the Sahara*, Leiden: Brill, S. 353-364.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien ist einer der größten europäischen Think Tanks für *area studies* und *vergleichende area studies*. Thematisch befasst sich das GIGA mit den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Afrika, Asien, Lateinamerika, im Nahen und Mittleren Osten sowie mit globalen Herausforderungen. Die Umstrukturierung des vormaligen Deutschen Übersee-Instituts ist inzwischen weit fortgeschritten und verbessert die Möglichkeiten, Forschungsergebnisse in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft zu vermitteln. Neben den etablierten Regionalinstituten (Deutsches Orient-Institut, Institut für Afrika-Kunde, Institut für Asienkunde, Institut für Iberoamerika-Kunde) sorgen drei neue übergreifende Forschungsschwerpunkte für einen regional vergleichenden Blick auf zentrale Phänomene einer zunehmend globalisierten Entwicklung, die gleichzeitig Chancen und Probleme in sich birgt.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus Afrika* wird vom Institut für Afrika-Kunde redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Gero Erdmann; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German ■ Institute of Global and Area Studies
Institut für Afrika-Kunde

IMPRESSUM